



Protokoll
der
ordentlichen Gemeindeversammlung
vom
28. November 2013, 19.30 Uhr
in
der Aula Schulhaus Büttenhardt

- Vorsitz:** **Silvia Sigg, Gemeindepräsidentin**
- Protokoll:** **Maja Werner-Bachmann, Gemeindegeschreiberin**
- Stimmzähler:** Thomas Buchmann
Esther Nägeli
- Anwesend:** **60** Stimmberechtigte
(ab 19.50 h 61 Stimmberechtigte)
(ab 20.00 h 62 Stimmberechtigte)
(ab 20.10 h 63 Stimmberechtigte)

Begrüssung

Gemeindepräsidentin Silvia Sigg begrüsst die Stimmberechtigten und insbesondere die Jungbürgerinnen und Jungbürger des Jahrgangs 1995 sowie Zentralverwalterin Elsbeth Stamm. Sie gibt die Entschuldigungen von Irene Waldvogel, Jungbürgerin, und Joel Roll, Jungbürger, bekannt. Die Vorsitzende hält fest, dass die Einladungen mit Traktandenliste und Erläuterungen zu den Traktanden fristgerecht verteilt wurden.

In der zur Diskussion gestellten Traktandenliste **stellt Thomas Buchmann den Antrag**, Traktandum 6, Genehmigung des Nachtragskredits zur Nutzungsplanungsrevision, sei als drittes Traktandum zu behandeln. Er begründet den Antrag damit, dass im Voranschlag 2014 bereits über weitere Kosten der Ortsplanung entschieden werden müsse und dies in direktem Zusammenhang mit dem Nachtragskredit stehe.

Vizepräsident Markus Brütsch weist darauf hin, dass es sich beim Nachtragskredit um eine Aufarbeitung von Vergangenen handle und dies keinen Einfluss auf die Beratungen des Voranschlages 2014 habe.

In der von **Gemeindepräsidentin Silvia Sigg** durchgeführten Abstimmung wird der Antrag von Thomas Buchmann zur Behandlung des Traktandums "Nachtragskredit zur Nutzungsplanungsrevision" an dritter Stelle der Traktandenliste **mit 31 gegen 18 Stimmen abgewiesen**.

Die Traktandenliste kann somit in der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Form abgewickelt werden.

Traktandum 1; Protokoll

Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 25. Juni 2013 konnte auf der Homepage der Gemeinde eingesehen oder bei der Gemeindekanzlei angefordert werden. Die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission und des Gemeinderates haben das Protokoll geprüft und in Ordnung befunden. Es wird nicht verlesen.

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt. In der durchgeführten Abstimmung wird das Versammlungsprotokoll vom 25. Juni 2013 **mit grosser Mehrheit genehmigt**.

Gemeindepräsidentin Silvia Sigg dankt Gemeindeschreiberin Maja Werner für das Verfassen des Protokolls.

Traktandum 2 Jungbürgeraufnahme

Folgende Jungbürgerinnen und Jungbürger des Jahrgangs 1995 können heute offiziell in den Kreis der Stimmberechtigten aufgenommen werden: **Tobias Berger, Claudio Bianchi, Flurin Gfeller, Sarah Kohli, Adrian Muhl, Joel Roll, Isabelle von Siebenthal und Irene Waldvogel**.

Gemeindepräsidentin Silvia Sigg weist darauf hin, dass die gemeinsame Jungbürgerfeier zusammen mit den Gemeinden Stetten und Lohn im Sommer traditionellerweise auf dem Schiff stattgefunden habe.

In ihrem Grusswort blickt **Gemeindepräsidentin Silvia Sigg** zurück auf den Sommer 2008, als sie - in ihrer Funktion als Schulpräsidentin - die Jungbürgerinnen und Jungbürger aus der Primarschule entlassen und auf die Reise in die Oberstufe nach Schaffhausen geschickt habe. Die Zeit seither sei schnell verfliegen und nun gehörten die acht Jungbürgerinnen und Jungbürger bereits zu den Erwachsenen. Die Welt stehe ihnen nun mit allen ihren Möglichkeiten offen. Aber es werde auch viel verlangt und mit dem Eintritt in das Erwachsenenalter seien auch Pflichten und Verantwortung verbunden. Neu dürften die Angehörigen des Jahrgangs 1995 mitbestimmen, wie die Zukunft aussieht, wählen und sich wählen lassen. Gemeindepräsidentin Silvia Sigg wünscht den Jungbürgerinnen und Jungbürgern viel Kraft und Glück und vor allem gute Gesundheit. Als Geschenk überreicht sie den Jungbürgerinnen und Jungbürgern ein T-Shirt mit dem Aufdruck "1995".

Zu diesem Zeitpunkt der Versammlung kann **die Vorsitzende** den Vertreter der Schaffhauser Nachrichten, Herrn Bodo Lamparsky, begrüßen

Traktandum 3 Revision Besoldungsreglement

Vizepräsident Markus Brüttsch informiert die Anwesenden wie folgt über dieses Traktandum:

Die Gegenüberstellung zwischen dem bisherigen Besoldungsreglement und den beantragten Entschädigungen haben alle Stimmberechtigten zusammen mit der Versammlungseinladung erhalten. Anlässlich der Klausurtagung im August 2013 hat der Gemeinderat sämtliche Besoldungen einer Prüfung unterzogen und Vergleiche mit anderen Gemeinden vorgenommen. In vielen Bereichen drängen sich Besoldungserhöhungen auf. Ziel des Gemeinderates ist es, die Entschädigungen attraktiv festzulegen. Nur so besteht eine Chance, die Ämter auch in Zukunft besetzen zu können. Mit den neuen Besoldungsansätzen sollen die verantwortungsvollen Ämter angemessen entschädigt werden. Bei der Suche nach Kandidatinnen oder Kandidaten war der finanzielle Aspekt immer ein Thema. Mit den heutigen Ansätzen stimmt das Verhältnis von Zeitaufwand und Entschädigung oft nicht überein.

Eine wesentliche Erhöhung der Besoldung ist beim Gemeindepräsidium vorgesehen. Die Entschädigung soll - zusammen mit dem Kantonsbeitrag an die Besoldung des Präsidiums - einem Pensum von rund 20 % entsprechen. Der Gemeinderat hat die Referate aktuell so verteilt, dass alle Ratsmitglieder eine nahezu gleiche Arbeitsbelastung haben. Dies führte zum Vorschlag, dass allen Ratsmitgliedern eine gleich hohe Entschädigung ausgerichtet werden soll. Nur für ausserordentlich grossen Aufwand sollen noch zusätzliche Stundenentschädigungen ausgerichtet werden. Bei der Entschädigung der Pedellin des Schulhauses ist eine Umstellung vom Stundenlohn auf einen Jahreslohn vorgesehen. Dies vereinfacht das Abrechnungsverfahren für die Stelleninhaberin und für die Zentralverwaltung. Zudem konnte der Aufwand aufgrund des im Pflichtenheft definierten Arbeitsumfangs genau berechnet werden. Wichtig scheint Markus Brüttsch auch, dass in Zukunft auf unterschiedliche Stundenansätze für Referenten/Vorarbeiter und übrige Angestellte verzichtet wird. Es soll generell ein Stundenlohn von Fr. 30.-- ausgerichtet werden.

In der eröffneten Diskussion stört sich **Hans Peter Matter** an den schriftlichen Erläuterungen, welche die Stimmberechtigten erhalten haben. In Fussnote 2, 2. Satz zur Besoldungsrevision stand, dass *"mit der Erhöhung des Gemeindeanteils an der Besoldung des Gemeindepräsidiums soll erreicht werden, dass es in Zukunft auch berufstätigen Personen möglich sein wird, dieses Amt zu übernehmen"*. Hans Peter Matter erachtet diese Aussage als einen Affront gegenüber früheren Amtsinhabern und als einen Widerspruch zum Milizsystem in der Schweiz. Das Geld müsse bei der Übernahme einer Behördenfunktion eine untergeordnete Rolle spielen. Die Erläuterungen seien eine Beleidigung all jener, die früher ihre Ämter fast ehrenamtlich ausgeübt hätten.

Es entsteht ein Wortwechsel zwischen **Gemeindepräsidentin Silvia Sigg, Vizepräsident Markus Brüttsch und Hans Peter Matter** in welchem die Ratsvertreter nochmals klar festhalten, dass bei der Kandidatensuche eine der ersten Fragen immer der Entschädigung gelte. Es scheine eine Zeiterscheinung und eine gesellschaftliche Entwicklung zu sein, dass kaum jemand mehr bereit sei, sich ohne angemessene Entschädigung für die Öffentlichkeit zu engagieren.

Peter Brüttsch bittet die Anwesenden, sich an die Regeln einer Gemeindeversammlung zu halten und aufzustehen, wenn das Wort ergriffen werde.

Günter Müller zweifelt daran, dass eine gleich hohe Entschädigung für die vier Gemeinderäte sinnvoll sei und dem effektiven Aufwand entspreche. Das bisherige System mit Grundbesoldung und Referatsentschädigungen sei gerechter gewesen.

Ruedi Gusset zeigt sich erstaunt, dass ein Systemwechsel zu gleich hohen Entschädigungen vollzogen werden soll. Er habe sich zudem die Mühe genommen, die Mehrkosten für die Besoldungsrevision zu berechnen. Diese würden sich auf Fr. 35'000.-- belaufen, was rund 4 Steuerprozenten entspreche.

Hans Bühler wünscht, dass die Besoldungsansätze der Gemeinden, welche der Gemeinderat als Vergleich beigezogen hat, offen gelegt werden.

Gemeindeschreiberin Maja Werner gibt daraufhin diverse Zahlen aus verschiedenen Gemeinden wie Barga, Dörfli, Oberhallau und Merischausen bekannt.

Vizepräsident Markus Brütch verweist auf die Besoldungsabrechnungen früherer Jahre, in welchen die Ratsmitglieder zusätzlichen Aufwand in der Höhe von mehreren Tausend Franken geltend gemacht hätten. Bei der Festsetzung der Entschädigungen sei davon ausgegangen worden, dass die Ratsmitglieder rund 200 Std. (4-5 Std./Woche) für ihr Amt aufwenden. Bei einem Stundenansatz von Fr. 30.-- entspreche dies der beantragten Besoldung von Fr. 6'000.--/Jahr. Er weist darauf hin, dass es sogar Gemeinden gebe, in welchen den Mitgliedern des Gemeinderates eine Lohnsumme zugesprochen werde, die dann nach eigenem Ermessen unter den Ratsmitgliedern verteilt würde.

Finanzreferent Moritz Marcuzzi hält zum Votum von Ruedi Gusset fest, dass bei der Berechnung der Mehrkosten nicht nur die Ansätze des Besoldungsreglementes beigezogen werden dürften. Es gelte auch, die in den einzelnen Referaten geltend gemachten zusätzlichen Aufwendungen zu berücksichtigen. Diese Berechnung habe gezeigt, dass die Abweichung nicht so gross sein werde.

Felix Muhl weist darauf hin, dass während seiner Amtszeit zwar zusätzlicher Aufwand in Rechnung gestellt worden sei. Nun müsse man aber das Gesamtpaket aller Ausgaben, d.h. die Besoldungen sowie die Kosten für ausgelagerte Dienste berücksichtigen.

Auf die entsprechende Frage von **Lea Werner** teilt **Vizepräsident Markus Brütch** mit, dass sich der Kantonsanteil für das Gemeindepräsidium nach der Einwohnerzahl der Gemeinden richte. Er hält fest, dass die Entschädigungen zukunftsgerichtet angesetzt worden seien. Einerseits im Hinblick auf die Neubesetzung der Ämter und andererseits auch aufgrund der Aufgaben, welche auf die Gemeinde zukommen. So sei der Gemeinderat z.B. überzeugt, die Vermarktung des Baulandes "Langärgete" selber abwickeln zu können. So könnten hohe Kosten für externe Berater gespart werden.

Die letzte Aussage wird von **Arthur Waldvogel** bezweifelt. Er ist überzeugt, dass vermutlich genügend private Berater bereit seien, die Vermarktung der "Langärgete" zu übernehmen.

Nach erschöpfter Diskussion lässt **Gemeindepräsidentin Silvia Sigg** über die Revision des Besoldungsreglementes abstimmen. Nachdem bei der Beratung des Geschäftes keine Änderungsanträge angebracht wurden, erfolgt die Abstimmung über das gesamte Reglement in einer einzigen Abstimmung. Gestützt auf Art. 37 Gemeindegesetz enthält sich der Gemeinderat der Stimme.

Die Anwesenden **genehmigen** die Revision des Besoldungsreglementes mit **33 gegen 17 Stimmen bei neun Enthaltungen wie folgt:**

Funktion		Ansatz
Wahlbüro		
Präsident und Aktuar	pro Abstimmungstermin	60.00
	pro Urnenaufsicht	30.00
Stimmzählende	pro Urnenaufsicht	30.00
	pro Abstimmungstermin	45.00
Rechnungsprüfungskommission		
Je Mitglied RPK		600.00
Gemeinderat		
Gemeindepräsidium (zuzüglich Kantonsanteil)		13'000.00
Vizepräsident		400.00
4 Gemeinderäte	Fixum je	6'000.00
Total		37'400.00
Sitzungsgelder:		
Präsident und Schreiber	pro Sitzung	150.00
Mitglieder	pro Sitzung	80.00
Zentralverwaltung		14'000.00
Gemeinde- und Gemeinderatsschreiber		18'500.00
Gemeindeweibelin	pro Rundgang	45.00
	sortieren und verpacken	nach Aufwand
Präsident der Erbschaftsbehörde		530.00
Schreiber der Erbschaftsbehörde extern: Gemeinde Merishausen		nach Aufwand
Feuerpolizei		nach Aufwand
Schulbehörde		
Schulpräsidentin	Fixum	3'000.00
Aktuar	Fixum	500.00
Mitglieder	Fixum je inkl. Schulbesuche	1'000.00
Sitzungsgelder	(wie Kommissionen)	
Schulvorsteherin		2'400.00
Total fixe Besoldungen		8'900.00
Schulhauspedellin (EG und UG)		11'500.00
Schulhauspedellin (OG)		1'500.00
Stellvertretung Pedellinnen		nach Aufwand
Aussenabwart		nach Aufwand

Brunnenunterhalt	2 Dorfbrunnen	nach Aufwand
AHV- und IV-Zweigstellen-Leiterin	gem. kant. Verordnung	
Arbeitslosenbetreuung (Arbeitsamt)		nach Aufwand
Bestattungswesen, gem. Ansätzen der Gemeinde Lohn		nach Aufwand
Förster gem. Ansatz der Vertragsgemeinde		nach Aufwand
Sitzungsgelder (Kommissionen etc.)		
Präsident und Aktuar	pro Sitzung	150.00
Mitglieder	pro Sitzung	80.00
Taggelder		
ganzer Tag	inkl. Verpflegungsspesen	240.00
halber Tag		120.00
Stundenlöhne		
Gemeindeangestellte		30.00
Zuschlag für zwingende Nacht- und Sonntags- Arbeit (Nachtarbeit = 22.00 - 06.00 Uhr)		5.00
Forst: Zuschlag für Sicherheitsausrüstung- und -kleidung		3.00

C. Entschädigungen

Büro- und Büromaschinen-Entschädigungen		
Gemeindepräsidium		1'200.00
Baureferent		1'000.00
übrige Gemeinderäte	je	600.00
Schulpräsidium		500.00
Zentralverwaltung		1'000.00
Ausserordentliche Telefonspesen		nach Aufwand

Das Besoldungsreglement, basiert auf einem Indexstand von 99.0 Punkten (Stand Juli 2013, Index Dezember 2010 = 100 Pkte.). Alle dem Reglement widersprechenden Bestimmungen, insbesondere das Besoldungsreglement von 2001, sowie sämtliche Revisionen von 2004, 2007 und 2011 werden damit aufgehoben.

Gemeindepräsidentin Silvia Sigg dankt den Stimmberechtigten für ihre Zustimmung zu diesem Geschäft und das damit ausgesprochene Vertrauen.

Traktandum 4 Kehrlichtgebühren 2014

Wie den Stimmberechtigten bereits in den Erläuterungen zu den Traktanden mitgeteilt wurde, drängt sich im aktuellen Zeitpunkt keine Änderung der Kehrlichtgebühren für das Jahr 2014 auf.

Entsorgungsreferent Markus Brütsch weist darauf hin, dass die Kehrlichtgebühren jährlich festzusetzen seien. Seit einem Jahr erfolgt die Kehrlichtabfuhr wöchentlich. Der Gemeinderat werde die Entsorgungskosten nach dem Abschluss der Jahresrechnung 2013 prüfen. Sollten die Kehrlichtentsorgungskosten in einem grossen Missverhältnis zu den Einnahmen aus dem Verkauf der Kehrlichtgebührenmarken stehen, müsste allenfalls für das Jahr 2015 eine Erhöhung in Betracht gezogen werden.

Das Wort wird zu diesem Geschäft nicht verlangt.

In der durchgeführten **Abstimmung beschliesst die Versammlung die Kehrlichtgebühren für das Jahr 2014 einstimmig wie folgt**

Gebührenmarke rot (110 l)	Fr. 4.80
Sperrgutbündel	Fr. 4.80
Gebührenmarke gelb (35 l)	Fr. 1.60
Containergebühr (pro 100 l)	Fr. 4.80
Gebührenmarken für 60-l-ISäcke	Fr. 3.20 (= 2 gelbe Marken)

Traktandum 5 Voranschläge 2014

Die Stimmberechtigten haben den Kommentar zum Voranschlag 2014, den Antrag der Rechnungsprüfungskommission sowie den Zusammenschluss der laufenden Rechnung zusammen mit der Einladung zur Versammlung erhalten. Der Voranschlag konnte bei der Gemeindekanzlei bezogen oder im Internet eingesehen werden.

Gemeindepräsidentin Silvia Sigg weist darauf hin, dass die Voranschläge auf einem Steuerfuss von 105 % basieren und die Besoldungsrevision beim vorliegenden Budget bereits berücksichtigt sind.

Finanzreferent Moritz Marcuzzi hält fest, dass trotz der vorerwähnten Änderungen ein ausgeglichenes Budget präsentiert werden könne. Die Berechnungen wie Nettoschuld pro Einwohner, Steuerkraft pro Einwohner etc. hätten gezeigt, dass eine Reduktion des Steuerfusses vertretbar sei. Der Voranschlag wird seitenweise beraten.

Hans Peter Matter erkundigt sich nach den EDV-Kosten der Einwohnerkontrolle in Kto. 102.311.

Gemeindeschreiberin Maja Werner erläutert, dass es sich um die Kosten für den Betrieb des Einwohnerkontrollprogramms auf dem Server der KSD handle. Ein solches Programm müsse zwingend vorhanden sein, da der Bund nur noch registergestützte Volkszählungen durchführe und die Daten elektronisch geliefert werden müssten.

Hans Peter Matter zeigt sich erstaunt, dass für die 777-Jahrfeier im Jahr 2015 schon im Jahr 2014 Kosten in den Voranschlag aufgenommen wurden.

Finanzreferent Moritz Marcuzzi informiert, dass das OK für die 777-Jahr-Feier seine Arbeit bereits aufgenommen habe. Nachdem nicht alles im letzten halben Jahr vor dem Fest erledigt werden könne, sei bereits ein entsprechender Betrag, z.B. für Werbung, in den Voranschlag 2014 aufgenommen worden. Eine Defizitgarantie für das Fest werde erst beantragt, wenn Konzept und Budget der 777-Jahrfeier vorliegen.

Die Frage von **Ruedi Gusset** nach den Sozialhilfekosten in Kto. 586.3660 wird von **Finanzreferent Moritz Marcuzzi** damit begründet, dass ein Sozialfall aus dem Jahr 2012 abgeschlossen werden konnte und mit wesentlich tieferen Ausgaben gerechnet werden könne.

Auf Anfrage von **Hans Jörg Muhl** begründet **Finanzreferent Moritz Marcuzzi** den Betrag von Fr. 8'000.-- in Kto. 790.3180 mit den geschätzten Aufwendungen für die Erstellung des Inventars wertvoller Bauten, die Festsetzung der überlagernden Ortsbildschutzzone sowie der entsprechenden Bedingungen in der Bau- und Nutzungsordnung. Gemäss Beschluss des Regierungsrates vom 05. November 2013 hat die Gemeinde diese Auflage bis Ende 2015 zu erfüllen.

Gemeindepräsidentin Silvia Sigg ergänzt, dass sie gestern Gelegenheit gehabt habe, mit Baudirektor Reto Dubach und Volkswirtschaftsdirektor Ernst Landolt zu sprechen. Im Januar 2014 sei eine Besprechung zwischen Regierungsrat und Gemeinderat vorgesehen, an welcher Lösungswege besprochen würden.

Hans Jörg Muhl weist auf die Erschwernisse hin, mit welchen Eigentümer von inventarisierten Gebäuden zu kämpfen hätten. Er und zwei Mitstreiter seien von Regierungsrat Reto Dubach eingeladen worden und bei ihm vorbeigegangen. Dieser habe ihnen gesagt, es müssten nicht viele Gebäude aufgenommen werden. Hans Jörg Muhl ist der Ansicht, dass jeder Rappen für externe Berater herausgeworfenes Geld sei. **Er stellt den Antrag, dass mit den budgetierten Ausgaben von Fr. 8'000.-- keine externen Berater (wie Büro Bürgin, Vestigia) entschädigt werden dürften.**

Gemeindepräsidentin Silvia Sigg bestätigt, dass sie von den Regierungsräten über die Gespräche informiert worden sei. Diese Gespräche seien nach den erhaltenen Informationen aber auf Wunsch und Druck der Opponenten zustande gekommen.

Jakob Muhl erkundigt sich, wo der konkrete Vorschlag geblieben sei, den die Opponenten dem Gemeinderat in Sachen Gebäudeinventarisierung unterbreitet hätten.

Vizepräsident Markus Brüttsch weist darauf hin, dass von den Gegnern der Gebäudeinventarisierung kein adäquater Lösungsvorschlag eingegangen sei. Er erwartet von den Gegnern der Gebäudeinventarisierung die Bereitschaft zur konstruktiven Mitarbeit im Laufe des weiteren Vorgehens.

Gemeindepräsidentin Silvia Sigg weist darauf hin, dass dies nicht der richtige Zeitpunkt zur Diskussion über die Gebäudeinventarisierung sei, da jetzt die Beratung des Voranschlags 2014 das Thema sei.

Hans Jörg Muhl präzisiert, dass er nicht gegen den budgetierten Betrag von Fr. 8'000.-- wohl aber gegen die Anstellung von externen Beratern sei. Er hält an seinem Antrag zur zweckgebundenen Verwendung des Budgetbetrages fest.

Nach erschöpfter Diskussion zu diesem Budgetposten lässt **die Vorsitzende** über den Antrag von Hans Jörg Muhl abstimmen:

Der Antrag des Gemeinderates für einen Betrag von Fr. 8'000.-- in Kto. 790.3190 ohne Einschränkung der Verwendung wird mit 29 Stimmen angenommen.

Der Gegenantrag von Hans Jörg Muhl, wonach der Betrag von Fr. 8'000.-- in Kto. 790.3910 nicht für externe Berater verwendet werden dürfte, vereinigt lediglich 21 Stimmen auf sich.

Thomas Buchmann erkundigt sich nach dem Verwendungszweck der budgetierten Gelder in Kto. 813.3130, Chriesiland.

Landwirtschaftsreferent Markus Brütsch informiert, dass im Frühjahr 2014 mit Bernhard Egli einen Baumschnitt-Tag durchgeführt werden solle. Die Baumpaten würden zu gegebener Zeit dazu eingeladen.

Hans Peter Matter wünscht konkretere Informationen zum Vernetzungsprojekt in Kto. 820.3191.

Vizepräsident Markus Brütsch führt aus, dass die Gemeinden verpflichtet seien, die Hälfte des Jagdpachterlöses für die Lebensraumerhaltung einzusetzen. Im Rahmen der Agrarreform und der Änderungen der Direktzahlungsverordnung seien die Landwirte dazu angehalten, möglichst grossräumige Vernetzungsprojekte zu realisieren. Die drei Gemeinden des Oberen Reiets hätten an der gemeinsamen Sitzung im Herbst 2013 beschlossen, sich an diesem Vernetzungsprojekt zu beteiligen. Das Vernetzungsprojekt soll von Bernhard Egli begleitet werden. Voraussetzung für die finanzielle Beteiligung der Gemeinden sei, dass sich auch die Landwirte finanziell beteiligen, da sie letztendlich von höheren Direktzahlungen profitieren könnten.

Verschiedene Votanten wünschen an dieser Stelle konkrete Informationen zum Stand in Sachen Erschliessung und Verkauf "Langärgete".

Die Mitglieder des Gemeinderates geben dazu folgende Auskünfte:

- Bevor mit dem Verkauf der Parzellen begonnen werden kann, müssen der Quartierplan vorliegen und die Erschliessungskosten bekannt sein.
- Die Parzellengrössen sind provisorisch definiert und werden sich im Rahmen von 700 m² bis 900 m² bewegen. Die Parzellengrössen ergeben sich auch aus der Linienführung der Erschliessungsstrasse.
- Im Rahmen der Sanierung der Braatistrasse könnte auch die Wasserleitung Braatistrasse-Langärgete realisiert werden.
- Mit den Arbeiten am Quartierplan wird Mitte Dezember 2013 begonnen.
- Der Verkauf der 15-16 Parzellen wird etappenweise erfolgen.
- Es sind bereits viele Anfragen von kaufwilligen Interessenten eingegangen. Es wurden jedoch noch keine Verhandlungen geführt; alle Interessenten wurden auf die öffentliche Ausschreibung verwiesen.
- An den Verkauf der Grundstücke werden Auflagen gekoppelt sein wie z.B. jede Partei kann nur eine Parzelle kaufen (keine Spekulation), Frist für Überbauung, etc.
- Die Nachfrage bestimmt letztendlich den Preis. Die Höhe der Erschliessungskosten hat ebenfalls ihre Auswirkungen auf den Verkaufspreis.

Daniel Bergauer erkundigt sich, an wen die Arbeiten für den Quartierplan vergeben worden sind. Er findet es schlecht, dass immer das Büro Bürgin Winzeler und Partner zum Zug komme, deren Leistungsausweis er anzweifelt.

Vizepräsident Markus Brütsch weist darauf hin, dass es naheliegend gewesen sei, das Büro Bürgin Winzeler und Partner zu beauftragen. Die Exponenten des Büros verfügten durch die Arbeit an der Nutzungsplanungsrevision über immense Vorkenntnisse. Bei einem anderen Büro hätte viel Zeit und damit Geld aufgewendet werden müssen, um den erforderlichen Wissensstand zu erreichen.

Hans Peter Matter beanstandet, dass für die Sanierung der Braatistrasse keine separate Kreditvorlage mit sachlichen Informationen ausgearbeitet wurde. Er fordert den Gemeinderat

auf, Investitionen inskünftig wieder über Separatkredite und nicht über einem Budgetkredit zu beantragen.

Baureferent Robert Fisler weist darauf hin, dass von Seiten der Reiat-Wasserversorgung bis zur letzten Delegiertenversammlung noch kein Einverständnis vorlag.

Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, erteilt **die Vorsitzende** das Wort an **Michel Brandenberger, Rechnungsprüfungskommission**, welcher erklärt, dass die RPK die Voranschläge 2014 eingehend geprüft habe. Das Budget basiere auf einem Steuerfuss von 105 % und trotz Besoldungsrevision sei es ausgeglichen. Im Namen der Rechnungsprüfungskommission empfiehlt er den Stimmberechtigten den Voranschlag 2014 zur Genehmigung.

Die Versammlung **genehmigt** die Voranschläge 2014 mit einem Steuerfuss von 105 % in der Folge **mit grosser Mehrheit**.

Traktandum 6 Nachtragskredit Fr. 122'046.85 zur Nutzungsplanungsrevision

Über die finanzielle Situation in Sachen Nutzungsplanungsrevision hat der Gemeinderat in der August-Ausgabe der Bütthardter Gmaandsposcht ausführlich informiert. Die wichtigsten Punkte seien hier nochmals erwähnt:

An der Gemeindeversammlung vom 27. November 2009 wurde ein Kredit von Fr. 15'000.-- für ein erstes Vorprojekt in Sachen Nutzungsplanungsrevision gesprochen.

Am 27. Januar 2010 hat der Gemeinderat in seinem Protokoll festgehalten, dass von Projektkosten von insgesamt rund Fr. 200'000.--ausgegangen werden muss. An der gleichen Sitzung erfolgte die Auftragsvergabe an den Projektleiter in der Höhe von Fr. 37'500.-- sowie an den beratenden Ingenieur, das Büro Bürgin Winzeler Partner AG in der Höhe von Fr. 34'000.--.

Am 31. Mai 2010 bewilligte die Gemeindeversammlung einen Zusatzkredit für die Ortsplanung in der Höhe von Fr. 54'000.--.

Jahr	Ausgaben
2010	Fr. 89'435.40
2011	Fr. 43'242.95
2012	Fr. 26'407.90
2013	Fr. 31'960.60
Total Ausgaben	Fr. 191'046.85
./. Kredit 27.11.2009	Fr. 15'000.00
./. Kredit 31.05.2010	Fr. 54'000.00
<hr/>	
Kreditüberschreitung	
/	Fr. 122'046.85
Nachtragskredit	

In den Jahren 2011 bis 2013 waren insgesamt Fr. 28'000.-- in den Voranschlägen enthalten. Gemäss Auskunft des Amtes für Justiz und Gemeinden des Kantons Schaffhausen kann dieser Betrag aber nicht als Kredit im eigentlichen Sinn bewertet werden, weshalb ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr.122'046.85 bewilligt werden muss.

Die Kostenüberschreitungen waren zu einem grossen Teil die Folge der Rückweisung des Geschäftes an der ausserordentlichen Gemeindeversammlung vom 07. November 2011. Im Weiteren haben die vielen Einwendungen und das aufwändige Verfahren der Gebäudeinventarisierung zur Verteuerung geführt.

Der amtierende Gemeinderat hat das Geschäft „Nutzungsplanungsrevision“ beim Amtsantritt am 01. April 2012 übernommen. Es war klar, dass die Ortsplanungsrevision abgeschlossen werden muss und dass das laufende Verfahren nicht einfach abgebrochen werden kann.

Daniel Bergauer ist sich bewusst, dass es sich um eine "Altlast" handelt, welche vom amtierenden Gemeinderat übernommen werden musste. Er hält nochmals fest, dass er mit den hohen Kosten des Ingenieurs - rund Fr. 120'000.-- - resp. dessen Leistung nicht zufrieden sei.

Vizepräsident Markus Brüttsch weist nochmals darauf hin, dass in einem Protokoll des Gemeinderates im Januar 2010 festgehalten worden sei, dass das Projekt "Nutzungsplanungsrevision" etwa Fr. 200'000.-- kosten werde. Die erforderlichen Kredite seien aber nicht beantragt worden. Büttenhardt sei die erste Gemeinde, welche die Vorgaben des Kantons betr. neue Messweise umgesetzt habe. Diese Pilotfunktion habe immer wieder zu Verzögerungen geführt, da der Kanton die Bestimmungen laufend geändert habe. Bei der Genehmigung des Nachtragskredites handle es sich um eine reine Formsache, da das Geld bereits ausgegeben worden sei.

Ruedi Gusset, als ehemaliges Mitglied des Gemeinderates und der Ortsplanungskommission bestätigt, dass der Zeitpunkt für die Ausarbeitung der Bau- und Nutzungsordnung ungünstig gewesen sei. Die Budgetierung sei sehr schwierig gewesen, was mit ein Grund dafür gewesen sei, dass nicht laufend Nachtragskredite eingeholt worden seien.

Finanzreferent Moritz Marcuzzi ergänzt, dass der Kanton dem Vorhaben zur Einzonung "Langärgete" nur unter der Voraussetzung zugestimmt habe, dass die Bau- und Nutzungsordnung und die Zonenpläne überarbeitet würden.

Daniel Bergauer versteht nicht, dass Büttenhardt immer weitergemacht habe, obwohl allseits bekannt war, dass die Musterbauordnung des Kantons gar nicht spruchreif sei. Er befürchtet, dass bei der Langärgete wieder unverhältnismässige Ingenieurkosten anfallen werden, die den Gewinn aus dem Landverkauf schmälern würden.

Gemeindepräsidentin Silvia Sigg informiert, dass der Auftrag für die Quartierplanung zu einem Pauschalpreis von Fr. 12'000.-- an das Büro Bürgin Winzeler und Partner (BWP AG) vergeben worden sei. Der Auftrag für die Ingenieurarbeiten bei der Erschliessung "Langärgete" sei mit einem Kostendach von Fr. 58'320.-- +/- 10% ebenfalls an das Büro BWP vergeben worden.

Franz Gasser erachtet es nicht als korrekt, wenn der Gemeinderat die Mehrkosten der Nutzungsplanungsrevision mit der Rückweisung im Dezember 2011 begründe. Der Hauptteil der Kosten sei ja in den Jahren 2010 und 2011 angefallen. Nach der Rückweisung seien nur noch Kosten in der Höhe von rund Fr. 58'000.-- entstanden.

Hans Peter Matter wirft dem Gemeinderat vor, das Ingenieurbüro habe eine untaugliche Bau- und Nutzungsordnung ausgearbeitet und der Gemeinderat habe sich zu wenig mit der Bauordnung befasst.

In verschiedenen Voten wird das Honorar des Projektleiters thematisiert. Es wird festgehalten, dass der Auftrag für die Projektleitung Fr. 37'500.-- betrug. Abgerechnet wurden durch den Projektleiter jedoch nur rund Fr. 21'900.--.

Max Muhl zeigt sich erstaunt, dass der Gemeinderat die Kosten der Ortsplanungskommission immer noch nicht offengelegt habe. Aufgrund seines Votums an der letzten Gemeindever-

sammlung habe der Gemeinderat detaillierte Zahlen in Aussicht gestellt. Er warte aber immer noch auf diese Zahlen. Er störe sich daran, dass immer alles auf die Allgemeinheit umgelegt werde. Er ist der Ansicht, dass wirklich jedes Detail hätte offengelegt werden müssen. Dass dies nicht erfolgt sei, schüre den Verdacht, dass nicht alles sauber abgerechnet worden sei.

Vizepräsident Markus Brütsch hält fest, dass der Gemeinderat zum Schluss gekommen sei, dass es heikel sei, die Zahlen bis ins letzte Detail zu veröffentlichen. Die Informationen in der Gmaandsposcht vom August 2013 seien sehr umfassend gewesen.

Daniel Bergauer hätte vom beratenden Ingenieur erwartet, dass er dem Gemeinderat geraten hätte, mit der Bau- und Nutzungsordnung abzuwarten, bis die kantonalen Vorgaben definitiv bekannt sind.

Ruedi Gusset wagt einen Erklärungsversuch, weshalb das Geschäft Bau- und Nutzungsordnung immer weiter vorangetrieben wurde: Die Landschaftsschutzinitiative stand im Raum und damit das Risiko, dass die Bauzone nicht mehr vergrössert werden könnte. Zudem war es eine klare Vorgabe des Kantons, dass zusätzliches Land nur eingezont werden dürfe, wenn die Bau- und Nutzungsordnung überarbeitet würde. Ohne das Damoklesschwert "Landschaftsschutzinitiative" hätte man eventuell zuwarten können.

An dieser Stelle hat sich die Diskussion erschöpft und **die Vorsitzende** kann die Abstimmung über den Nachtragskredit von Fr. 122'046.85 durchführen. **Die Stimmberechtigten genehmigen den Nachtragskredit von Fr. 122'046.85 mit 47 : 1 Stimme bei sechs Enthaltungen.**

Traktandum 7 Verabschiedungen

Gemeindepräsidentin Silvia Sigg verabschiedet **Lea Werner**, welche Ende Dezember nach fünf Jahren Amtszeit aus der Schulbehörde austreten wird. Lea Werner hat während ihrer Amtsdauer unter anderem die obligatorischen Kurse für die Lehrerbeurteilung absolviert. Schulbesuche, Teilnahme an Sitzungen und Mithilfe bei den Anlässen gehörten ebenso zu ihren Aufgaben. Lea Werner war immer für Einsätze bereit, wenn Hilfe gefragt war und hat viel Zeit für ihre Aufgabe aufgewendet. Kürzlich hat sie am Räbeliechtliumzug über 100 Personen mit selbstgemachter Kürbissuppe gepflegt. Die Gemeindepräsidentin dankt Lea Werner für ihr Engagement für die Schule. Sie hofft, dass ihr die gemachten Erfahrungen auch im privaten Bereich nützlich sein werden.

Gemeinderat Bernhard von Siebenthal steht die Aufgabe zu, **Schulpräsidentin Silvia Sigg**, welche nach 8 ½ Jahren zurücktritt, zu verabschieden. Ein grosses Projekt, welches unter der Führung von Schulpräsidentin Silvia Sigg erfolgte, war die Zusammenlegung der Schulen von Büttenhardt und Lohn - eine gute und sinnvolle Sache. Silvia Sigg hat sich immer stark für die Schule eingesetzt und die Sitzungen kompetent geleitet. Bernhard von Siebenthal dankt Silvia Sigg im Namen von Gemeinderat und Bevölkerung und dankt ihr für die Bereitschaft, sich als Schulreferentin weiterhin für die Schule zu engagieren

Traktandum 8 Verschiedenes

Gemeindepräsidentin Silvia Sigg erteilt das Wort zuerst an **Bea Heinemann**, welche den Schlussbericht der Arbeitsgruppe Spielplatz verliest. Die Sicherheitsbeurteilung durch die

Beratungsstelle für Unfallverhütung hat am 24. September 2013 stattgefunden. Der Spielplatz wurde als sehr gelungen bezeichnet. Die verschiedenen Gefahrenstellen, welche vom BfU-Berater aufgezeigt wurden, konnten zum grössten Teil bereits eliminiert werden. Zur Freude Aller konnte - dank grosszügiger Gönner - der gesetzte Kostenrahmen eingehalten werden.

Vizepräsident Markus Brütsch dankt den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Spielplatz, Bea Heinemann, Barbara Schwaninger, Lea Werner und Karin Esslinger nochmals herzlich für ihren grossen Einsatz. Mit der Fertigstellung des Spielplatzes ist ein Wunsch, welcher am "runden Tisch" geäussert wurde, erfüllt worden.

Entsorgungreferent Markus Brütsch informiert, dass das Gebiet beim Schuttloch durch das Unwetter vom 02. Mai 2013 stark in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Eine Zivilschutzeinheit habe in der Zwischenzeit zu günstigen Konditionen eine neue Verbauung erstellt.

Tiefbaureferent Robert Fisler orientiert, dass die Arbeiten an der Oberdorfstrasse bis auf wenige Abschlussarbeiten und den Feinbelag abgeschlossen seien. Er dankt den Anwohnern für ihr Verständnis für die unvermeidbaren Verkehrsbehinderungen während der Bauzeit. Weiter hält Robert Fisler fest, dass nächstes Jahr die Sanierung der Braatistrasse anstehe. Die Ausführung werde voraussichtlich im Herbst 2014 erfolgen. Die Anwohner würden auch hier rechtzeitig informiert.

Finanzreferent Moritz Marcuzzi teilt mit, dass der Kanton per 2017 das neue Rechnungsmodell HRM2 einführen werde. Büttenhardt habe sich als Pilotgemeinde für das neue Modell zur Verfügung gestellt. In diesem Zusammenhang werde auch ein Controlling eingeführt.

Sicherheitsreferent Bernhard von Siebenthal orientiert, dass in Sachen Zentrales Feuerwehrmagazin noch keine Fortschritte erzielt werden konnten. Die Vertreter der Gemeinden Lohn, Stetten und Büttenhardt würden sich im Januar 2014 zu einer weiteren Besprechung treffen. Ziel sei nach wie vor ein kostengünstiges Projekt.

Hans Bernhard weist darauf hin, dass immer mehr Sträucher und Pflanzen über die Grundstücksgrenzen hinauswachsen. Dies könne zu Gefahren im Strassenverkehr und zu allgemeinem Ärgernis führen. Aus Sicherheitsgründen - insbesondere für die Fussgänger - sei es ihm ein Anliegen, dass die Pflanzen auf die gesetzlichen Masse zurückgeschnitten würden. Es genüge nicht, in der Gmaandspocht darauf hinzuweisen. Wo nötig müsste die Gemeinde die erforderlichen Massnahmen treffen.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Gemeindepräsidentin Silvia Sigg, bedankt sich bei Gemeindeschreiberin Maja Werner und Zentralverwalterin Elsbeth Stamm für die kompetente Erledigung ihrer Arbeitsbereiche und die gute Zusammenarbeit. Ihren Dank richtet Silvia Sigg auch alle Funktionärinnen und Funktionäre, die ein Teil ihrer Zeit für Aufgaben in der Gemeinde zur Verfügung stellen.

Ihren Ratskollegen dankt die Gemeindepräsidentin für die sehr gute Zusammenarbeit im Ratskollegium. Die Arbeit mache wirklich Freude. Ein letzter Dank geht an die Bevölkerung, welche mit positiven und kritischen Rückmeldungen ihr Interesse an der Gemeinde bekunde.

Sie wünscht allen eine schöne Adventszeit, frohe Weihnachten und einen guten Start im Jahr 2014. Im Namen des Gemeinderates lädt sie die Anwesenden zu einem kleinen Apéro ein

Schluss der Versammlung: 22.10 h

Für das Protokoll:

Maja Werner, Gemeindeschreiberin